



Sperrfrist für die Presse: 10. Juni 2010, 17:00 Uhr
--

**ANSPRACHE ZUM THEMA GEWALT, ÜBERSTUNDEN
UND WEITEREN WICHTIGEN SACHGESCHÄFTEN
DURCH
HEINZ BUTTAUER, PRÄSIDENT VSPB**

ES REICHT

Sehr geehrte Damen und Herren Delegierte

Sehr verehrte Gäste

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen

Der Slogan der diesjährigen Delegiertenversammlung des Verbandes Schweizerischer Polizistinnen und Polizisten VSPB steht ganz im Zeichen von „Es reicht!“. Seit Jahren macht der VSPB die Politik und die Führungen der kantonalen und kommunalen Polizeikörper darauf aufmerksam, dass wir Polizistinnen und Polizisten an unsere Grenzen stossen. Die Zitrone ist bereits über Gebühr ausgepresst worden. Nun versucht man noch, die Schale auszuquetschen. Dies kann unter verschiedenen Gesichtspunkten sehr bitter sein und werden. Die Bevölkerung hat den Wunsch nach mehr Sicherheit in der Schweiz. Das Angstbarometer des Forschungsinstituts gfs-zürich 2009 zeigt klar auf, dass die Furcht vor Kriminalität grösser geworden ist. Mittlerweile liegt sie bei 5,6 von 10 möglichen Punkten. Mit gutem Recht. Die Bevölkerung will auch Transparenz im Zusammenhang mit der zurzeit praktizierten Sicherheitspolitik. Aus diesem Grunde beleuchtet unser Slogan je nach Blickwinkel verschiedene Facetten. Zum Einen zeugt die Aussage „Es reicht!“ vom Selbstbewusstsein der Polizistinnen und Polizisten sowie ihrer Berufs- und Sozialkompetenz. Zum Andern steht „Es reicht“ für die unverrückbare Tatsache, dass die Polizei mit ihrem zivilen und demokratischen Status die kompetente und einzige Hüterin des staatlichen Gewaltmonopols im Rahmen der Strukturen der Schweiz ist.



Leider waren unsere Berufsangehörigen in der jüngeren Vergangenheit mit vielen negativen Entwicklungen konfrontiert, zum Beispiel:

Personalmangel

Personalmangel ist in den letzten Jahren zu einer chronischen Krankheit geworden. Politikerinnen und Politiker aller Couleurs verkünden vor den Wahlen lauthals von Plakaten, über Werbespots und in Podiumsdiskussionen, dass sie sich intensiv für die Sicherheit unserer Bevölkerung einsetzen wollen. Das tönt gut und vertrauenerweckend. Ist eine Wahl dann vorbei, zücken sie zugunsten von Steuersenkungen den Rotstift. Sie kürzen das Budget der Polizeiorganisationen so drastisch, dass die Bestände eine bedenkliche Grenze erreicht haben. Die Folgend sind noch dramatischer: Viel zu viele Überstunden und sinkende Achtung des Polizeiberufs haben zur Folge, dass schweizweit viel zu wenige Polizistinnen und Polizisten ausgebildet werden. Auf solche Politiker kann die Polizei verzichten. „Es reicht!“ ist ein Aufruf an alle Entscheidungsträger, die aus lauter politischem Kalkül vergessen, dass es Sicherheit nicht zum Nulltarif gibt. Es ist auch ein Aufruf an die Bevölkerung, dass die Polizei der einzige demokratische Garant für Ruhe, Ordnung und Sicherheit und somit für ein gesichertes und friedliches Zusammenleben ist. Das ist die Basis für Wohlstand und wirtschaftliche Entwicklung. „Es reicht!“ soll zugleich bei allen Polizistinnen und Polizisten dafür sorgen, dass unser Appell nicht verstummt, sondern weitergetragen wird.

Überstunden

Jedes Jahr werden durch die Polizei infolge von Extradiensten Unmengen von Überzeit geleistet. Bereits 2006 erreichten alle Korps zusammen mit Ausnahme der Kantone Zürich und Aargau bereits 1.2 Millionen Überstunden. Das kann nicht so weitergehen. „Es reicht!“ Die hierfür nötige personelle Reserve ist zu schaffen. Diese Kräfte sollen in ruhigen Zeiten zur Verfügung stehen, um die Polizeipräsenz an neuralgischen Orten zu erhöhen und den Mitmenschen einen sichtbaren Schutz zu geben. Viele von uns haben nicht die Möglichkeit, ihre Überzeit zu kompensieren. Sie wird ausbezahlt. Wir haben für solche Einsätze unsere Freizeit gegeben, welche uns, unserer Gesundheit, unserer Erholung und unseren Familien zugutekommen sollte. Die finanzielle Abgeltung ist keine Langzeitlösung! Wir brauchen diese Freizeit, um uns im Kreise unserer Familien zu erholen und die Batterien neu aufzuladen. Wir appellieren an die Politik und die Polizeiführungen dafür zu sorgen, dass den Polizeikorps



ausreichende finanzielle Mittel für die erforderlichen Personalbestände zur Verfügung gestellt werden.

Gewalt bei Sportveranstaltungen

Je länger je mehr werden Sportveranstaltungen von gewissen Personenkreisen zweckentfremdet genutzt, um sich mit Gleichgesinnten wüste Schlägereien zu liefern. Noch schlimmer wenn sie sich gemeinsam gegen die Einsatzkräfte richten. Die Polizei ist Lückenbüsser und Sündenbock zugleich. Durch diese fragwürdige Entwicklung werden die Extraaufgebote nicht kleiner. Vielmehr muss man jedes Mal aufs Äusserste gefasst sein und die Vorbereitungen auf einem Maximalniveau treffen. Ein Hochrisikospiele wie am 16. Mai 2010 das Finale zwischen YB und FC Basel kostet die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler mittlerweile 260'000 Franken! Die Erhebungen und Erfahrungen auch in vergleichbaren Ländern zeigen, dass die Gewalt bei Sportveranstaltungen nicht zurückgeht. Im Gegenteil. Die verschiedenen involvierten Kreise wie Clubs, Fanorganisationen und schliesslich auch Politik und Behörden, müssen sich dringend überlegen, wie sie diesen Phänomenen begegnen wollen, und wirksame Massnahmen ergreifen. Wir fordern Schnellrichter vor Ort, die bei eindeutiger Beweislage Soforturteile fällen können und dafür endlich den ganzen gesetzlichen Rahmen ausschöpfen. Wenn bei festgenommenen Randalierern weiterreichende Abklärungen nötig sind, so müsste der Polizeigewahrsam auf 72 Stunden erhöht werden können. Dies würde jedoch eine Anpassung der neuen Strafprozessordnung erfordern, was der VSPB schon anlässlich des Vernehmlassungsverfahrens forderte. So wird es Randalierern verunmöglicht, am anderen Tag wieder zur Arbeit zu erscheinen, wie wenn nichts wäre. Damit wird von Arbeitgeberseite zusätzlicher Druck ausgeübt. Bei der Ermittlung von Übeltätern und Randalierern müssen vermehrt Fotobeweise ausgewertet werden. Hooligans sollen notfalls via Internet eruiert und damit auch zur Verantwortung gezogen werden können. Man darf es ihnen nicht mehr so einfach machen, gegen unsere Gesellschaft und unseren Rechtsstaat zu verstossen. Stärker in die Pflicht genommen werden sollten auch Heimclubs und Stadionbetreiber. Da es sich bei letzteren um Private handelt, sind sie auch für die Sicherheit in den Stadien verantwortlich. Die Eingangskontrollen müssen rigoros und gründlich erfolgen. Wenn sie - nur um zu sparen - Personal mit wenig oder gar keiner entsprechenden Ausbildung beschäftigen, haben sie die Konsequenzen eins zu eins zu tragen. Es kann nicht sein, dass aus reinem Profitstreben die Gesundheit von Polizisten und friedlichen Sportfans fahrlässig aufs Spiel gesetzt wird. Wenn es während oder nach einem Spiel zu Ausschreitungen oder gewalttätigen



Auseinandersetzungen kommt, müssen Heimclubs und Stadionbetreiber verpflichtet werden, sämtliche Kosten für die Einsätze zu übernehmen. Die Bussen und Sanktionen müssen für sie in der Kasse schmerzlich spürbar sein. Das gilt auch, wenn es beispielsweise zu massivem Abfeuern von Knallkörpern und anderen Pyroartikeln kommt. Stadionsperren und Spiele vor leeren Rängen dürfen nicht länger ein Tabu sein. Ebenso fordern wir ein striktes Alkoholverbot bei Fussballspielen und anderen Sportveranstaltungen mit Gefahrenpotential wie Eishockey.

Gewalt gegen die Polizei

Randalierende Fans nach Sportveranstaltungen, handgreifliche Automobilisten bei Kontrollen, schiess- und prügelwütige Delinquenten, die sich einer Verhaftung entziehen wollen, Partygänger, die Spass oder einen Kick haben wollen – solche und zahlreiche andere Übergriffe auf die Polizei mehren sich in der jüngeren Vergangenheit. Die Berichte über verletzte Polizistinnen und Polizisten nehmen ein Mass an, das für uns vom Verband Schweizerischer Polizeibeamter VSPB nicht mehr tragbar ist. Nicht immer dringt dies an die breite Öffentlichkeit! Die Statistik zeigt alarmierende Zahlen: allein zwischen 2000 und 2008 stieg die Zahl von Gewalttaten gegen die Polizei um über 160 Prozent. Kriminalität und Aggressivität nehmen zu, im 2009 waren tagtäglich zwischen sechs und sieben Polizistinnen und Polizisten davon betroffen.

Die Finanzkrise führte auf nationaler, kantonaler und kommunaler Ebene zu Budgetkürzungen, was auch die Polizei besonders einschneidend zu spüren bekam. Die Unterbestände in den Polizeikorps werden immer offenkundiger. Dadurch wird der Dienst für die verbleibenden Polizistinnen und Polizisten immer stressiger. Gleichzeitig steigt auch der Unmut darüber, dass sie nebst Mehrarbeit und schlechten Rahmenbedingungen auch noch Gewaltattacken in Kauf nehmen müssen. Das belastet die Situation zusätzlich. Diese Entwicklung bringt unseren Berufsstand ebenso in Gefahr wie die innere Sicherheit und somit den Schutz der Bürgerinnen und Bürger.

Ich möchte Alle daran erinnern, dass der kleinste Angriff gegen Polizistinnen und Polizisten gleichbedeutend mit einem Angriff auf den Staat ist und entsprechend geahndet werden muss. In der Realität sieht es jedoch anders aus. Da wird uns eingebläut dass wir aufgrund unseres Berufs damit rechnen müssen, Gewalt in kleinerem Rahmen in Kauf zu nehmen. Wir Polizistinnen und Polizisten müssen gar nichts akzeptieren! Die akzeptierende Haltung lädt Kriminelle, Randständige, Hooligans, Partygängern und andere, welche mit uns nicht gleicher



Meinung sind dazu ein, gegen uns Gewalt anzuwenden. In solchen Situationen rufe ich alle Polizistinnen und Polizisten dazu auf Drohung und Gewalt konsequent zu rapportieren. Nur so kann klar gezeigt werden, dass die Grenze überschritten worden ist.

Angesichts dieser besorgniserregenden Entwicklung ist der VSPB auf verschiedenen Ebenen aktiv geworden.

In der Schweiz haben wir eine Petition lanciert. Darin fordern wir, dass Gewalt gegen die Polizei nicht weiterhin als Kavaliersdelikt behandelt wird. Kürzere Haftstrafen sollen wieder eingeführt werden. Die Mindeststrafandrohung im Art. 285 des Strafgesetzbuches (Gewalt und Drohung gegen Beamte und Behörden) soll erhöht werden. Bei Wiederholungstaten im Zusammenhang mit Art. 285 soll das Straffmass verdoppelt wie in Frankreich werden und eine Haftstrafe zwingend sein.

In Europa haben wir zusammen mit der deutschen Gewerkschaft der Polizei (GdP) in Madrid bei EuroCop eine Resolution eingebracht. Diese thematisiert ebenfalls die zunehmende Gewalt in Europa gegen Polizistinnen und Polizisten. An der EuroCop-Sitzung in Krakau vom Mai dieses Jahres wurde sie einstimmig verabschiedet.

Zusammen mit der GdP hat der VSBP ausserdem bei EuroCop beantragt, dass eine Arbeitsgruppe eingesetzt wird, welche sich damit beschäftigt, wie die Problematik Gewalt gegen die Polizei medial am besten umgesetzt wird. Erste Massnahmen müssen spätestens im Herbst erfolgen und realisiert werden. Wir werden dafür sorgen, dass das Projekt nicht versandet.

Was uns in Zukunft beschäftigen wird

In meine Überlegungen zum praktisch unerschöpflichen Thema über die innere Sicherheit geht es nach Meinung des VSPB auch darum, den Fokus auf bestimmte Punkte zu lenken. Von Gesetzes wegen sind sämtliche Polizeikorps des Bundes, der Kantone, der Städte und Gemeinden, die Territorial Militär Polizei – TerMP – und das Grenzwachtkorps (GWK), Bestandteile der inneren Sicherheit. Einzelne, wie beispielsweise das GWK, dürfen aufgrund von Abmachungen in gewissen Kantonen beinahe überall tätig werden, und in anderen Kantonen haben sie wenig bis gar keine Kompetenzen. Die TerMP, welche die polizeiliche Tätigkeit innerhalb der Armee ausübt, hat es mit der gleichen Klientel zu tun wie wir. Nur untersteht ein Delinquent während seiner Dienstzeit dem Militärstrafgesetz. Es wäre an der Zeit,



dass sich alle Organisationen, welche im polizeihoeheitlichen Bereich aktiv sind, an einen Tisch setzen und sich Gedanken über die zukünftige Zusammenarbeit machen. Aufgrund unseres engstirnig gelebten Föderalismus müssen wir vermutlich noch lange darauf warten. Jeder spricht sich dafür aus, wenn er aber darum geht, einen Teil seiner Macht abzugeben, sieht die Situation plötzlich ganz anders aus. Dann sind es immer die anderen, die Haar lassen sollen. Die lachenden Dritten, welche die Uneinigkeit für ihr kriminelles Handeln ausnützen, reagieren blitzartig. Dadurch ist die Polizei immer wieder im Hintertreffen. Auch in diesem Punkt werden wir die politische Diskussion weiter voran treiben.

Die Politikerinnen und Politiker in Bern setzen aber leider ganz andere Signale. Seit geraumer Zeit werden dort Gesetze verabschiedet, welche unvereinbar mit unserer Bundesverfassungen sind. So werden schweizweit privaten Sicherheitsanbietern Kompetenzen übertragen, welche nach staatsrechtlicher Auffassung klar unserer Bundesverfassung widersprechen. Es darf nicht soweit kommen, dass das Gewaltmonopol zum Gewaltmarkt verkommt.

Sicherheitsgewährleistung ist eine Kernaufgabe des Staates.

Das Gewaltmonopol ist das Fundament der Rechtsstaatlichkeit.

Jegliche Einschränkungen von Grundrechten durch den Staat sind an hohe Hürden, wie Voraussetzungen, Organisation und Auflagen, gebunden.

Im öffentlichen Raum sind keine privaten Interventionen zulässig. Eingriffe in das Grundrecht dürfen nur unter Leitung und Kontrolle durch die Polizei geschehen. Physischer Zwang darf durch private Sicherheitsangestellte nicht angewendet werden, da dies klar dem Gewaltmonopol des Staates widerspricht. Einzige Ausnahmen sind Notwehr und Notwehrhilfe.

Durch Konkordate will man es privaten Sicherheitsunternehmungen nun ermöglichen, Tätigkeiten auszuüben, welche nicht in ihre Kompetenzen fallen. Ich denke hier an „Jail-Train-Street“ betreffend Häftlingstransporte sowie das Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen. Noch problematischer ist das neuste Konkordat, welches die KKJPD umsetzen will. Es handelt sich um Richtlinien für private Sicherheitsunternehmungen. Ein erster Vorschlag wurde in der Luft zerrissen. Auch der neuste Text überzeugt in keiner Weise. Da müssen von insgesamt 26 Kantonen nur deren fünf die Vereinbarung unterzeichnen, und schon kann sie in Kraft treten. Wenn auch nur ein Kanton weniger restriktive Massnahmen mit einem privaten Sicherheitsunternehmen abschliesst, wird das Konkordat zum Papiertiger. Die Folgen sind gravierend: Das Binnenmarkgesetz des freien



Marktes kommt zum Tragen, und diese Firma kann in allen Kantonen tätig werden. Der Kanton Thurgau beispielsweise ermöglicht mittels Regierungsratsbeschluss privaten Sicherheitsunternehmungen, Personen- und Fahrzeugkontrollen durchzuführen. Dabei handelt es sich ganz klar um polizeihöheitliche Tätigkeiten, welche nicht ausgelagert werden dürfen. Ich glaube kaum, dass dieser Kanton das Konkordat unterschreiben wird, wenn es höhere Hürden aufweist als die Vereinbarungen, welche er selber verabschiedet hat. Deshalb sind wir klar der Meinung, dass es ein eidgenössisches Gesetz braucht mit Rahmenbedingungen, welche für alle Kantone Gültigkeit haben. Nur so können wir verhindern, dass aus Sparwut polizeihöheitliche Aufgaben ausgelagert werden können. Private Sicherheitsunternehmungen leisten innerhalb ihrer Kompetenzbereiche einen guten Dienst. Nur haben sie von Gesetzes wegen keinen Anspruch auf polizeihöheitliche Aufgaben. Und ihr Personal verfügt noch lange nicht über unseren Ausbildungsstandard und entsprechende Sozialkompetenz. Vom Datenschutz ganz zu schweigen.

Der VSPB steht ein

„Für einen starken Service public – gegen den Privatisierungswahn“

Seit Februar 2010 können wir Polizistinnen und Polizisten die Fotos der ISA-Datenbank nicht mehr einsehen. Aus Datenschutzgründen, wie es so schön heisst. Es könnten ja durch die Polizei Missbräuche getrieben werden. Für den VSPB ist es unverständlich, dass der Polizei dieser Datenzugriff verwehrt wird, während für das GWK keine Einschränkungen gelten. Ich frage mich allen Ernstes, wie die Polizei nach bestem Wissen und Gewissen einen Ausweisverlust bearbeiten kann, wenn die Person sämtliche amtlichen Dokumente verloren hat und nicht über das ISA identifiziert werden kann. Die Antwort aus Bern war höchst fragwürdig. Man riet uns, nach dem Vater oder der Mutter zu fragen. Ich danke diesen Herren, dass sie uns mit einem so einfachen Rezept auf die Sprünge helfen wollen. Aber glauben sie mir, auf diese Idee ist die Polizei schon lange gekommen. Und nicht nur die Polizei. Auch diejenigen, welche sich aufgrund eines angeblichen Verlusts neue Ausweise erschleichen wollen, sind schlau genug, sich die nötigen Informationen zu holen, bevor sie zur Polizei kommen. Ich denke aber auch an Vermisstmeldungen. Wie praktisch war es für die Polizei, wenn keine Fotos vorhanden waren, sich eines über das ISA zu besorgen, um erste wirksame Massnahmen zu ergreifen. Das interessiert die Schriftgelehrten in Bern nicht. Ein Dank gebührt in diesem Zusammenhang



der KKPKS, welche ebenfalls mit einem Brief auf die unzumutbaren Zustände hingewiesen hat. Bleibt nur zu hoffen, dass wenigstens darauf eine entsprechende Reaktion erfolgt.

Ich kann mir vorstellen, dass wir uns in Zukunft weigern, solche Ausweisverluste auszustellen, da es der Polizei nicht möglich ist, diese Personen aufgrund eines amtlichen Dokuments eindeutig zu identifizieren. Sollen doch der eidgenössische Datenschützer und die Entscheidungsträger des Bundes das für uns erledigen. Auch erwarte ich intensivere Unterstützung unserer politischen Führungen. Es ist doch irgendwie eigenartig, dass es immer die Berufsorganisationen sein müssen, welche die ersten unangenehmen Schritte unternehmen müssen. Mit den Lorbeeren schmücken sich dann gerne die anderen.

Zusammenfassend stellt der VSPB im Namen seiner 23'000 Mitglieder folgende Forderungen an die öffentlichen Arbeitgeber:

- Wir fordern eine aktive Unterstützung bei Gewalt gegen die Polizei und somit gegen den Staat
- Wir fordern eine Aufstockung der Polizeibestände um 15 Prozent
- Wir fordern eine Stärkung der Polizei auf allen Stufen
- Wir fordern die Eindämmung der Aktivitäten privater Sicherheitsdienste im Rahmen der inneren Sicherheit, denn Sicherheit muss Kernaufgabe des Staates bzw. staatlichen Repräsentanten bleiben
- Wir fordern flexible Arbeitsverhältnisse – Förderung einer gerechten Teilzeitarbeit und flexiblen Pensionierungsmodellen mit der Möglichkeit einer Frühpensionierung ohne finanzielle Einbussen

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und Ihr Mittragen dieser Anliegen.

Heinz Buttauer, Präsident VSPB